

Dresden, 19. Januar 2024

Migration und Integration bleiben Top-Thema auch 2024

Die mediale Aufmerksamkeit hat aktuell etwas nachgelassen. Ungeachtet dessen gehören Migration und Integration weiterhin zu den schwierigsten und kompliziertesten Aufgaben bundesweit, sächsisch und natürlich auch auf kommunaler Ebene.

„Die CDU Dresden hat sich in den vergangenen Monaten intensiv und auf breiter Ebene mit den Themen Zuwanderung, Arbeitsmarktmigration und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beschäftigt“ sagt Dr. Markus Reichel MdB, Vorsitzender der Dresdener Union.

„Dabei haben wir besonders folgende Stellschrauben betrachtet: Welche Faktoren erleichtern die Integration in den Arbeitsmarkt? Welche Rolle kommt den Sozialträgern- und Verbänden zu? Wie halten wir über diesen Kraftanstrengungen die Gesellschaft solidarisch beieinander?“ ergänzt Reichel.

Ergebnis unserer Analysen und Diskussionen innerhalb der Kreispartei ist ein Positionspapier, welches wir in Kürze vorstellen und mit Vertretern der Zivilgesellschaft diskutieren wollen.

„Es ist uns als Partei wichtig, neben notwendiger Kritik auch Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und politische Entscheidungen klug und besonnen vorzubereiten und umzusetzen.“ Führt Reichel abschließend aus.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Mumme, Kreisgeschäftsführer CDU Dresden
(0351 8 29 66 22)
bueroc@cdu-dresden.de

Lutz Barthel, Pressesprecher CDU Dresden
(017682329266)
pressesprecher@cdu-dresden.de

Humanität und Ordnung als Basis unserer Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Stand: 19.01.2024

Kurzfassung:

- 1 Die CDU Dresden gestaltet Politik auf Basis ihres christlichen Menschenbildes. Es bleibt Ziel der Politik
2 der CDU, ausländische Fachkräfte zu integrieren, schutzbedürftigen Menschen humanitäre Möglich-
3 keiten des Aufenthalts zu bieten und Menschen, die keinerlei Anspruch auf Aufenthalt erhalten wer-
4 den, bereits in ihren Herkunftsländern davon zu überzeugen, von einem Weg nach Deutschland abzu-
5 sehen. Aus kommunaler Sicht treten wir für folgende Forderungen ein:
- 6 1. Wir fordern von allen Initiativen der politischen Mitte Dresdens einen **konstruktiven Diskurs**,
7 der die in der Stadt seitens vieler Bürger empfundenen Sorgen im Zusammenhang mit unge-
8 steuerter Migration ernst nimmt und zugleich in der Komplexität der Lage menschenwürdige
9 Lösungsvorschläge sucht.
 - 10 2. **Flucht- und Asyلمigration dürfen keine Instrumente zur Lösung des Fach- und Arbeitskräfte-**
11 **mangels in Deutschland werden.** Wir erwarten von der aktuellen Bundesregierung ein ent-
12 schiedenes Vorgehen, um die Flüchtlingszahlen wieder zu beschränken und die Kommunen
13 hierdurch sowie durch Kompensation der flüchtlingsbedingten Mehrkosten zu entlasten.
 - 14 3. Um die Flucht- und Asyلمigration zu steuern, müssen auf EU- und Bundesebene geeignete
15 Maßnahmen getroffen werden. **Das gegenwärtige System ist nicht zukunftsfähig, da es die**
16 **irreguläre Migration nach Deutschland nicht ausreichend steuert.**
 - 17 4. Für Asylsuchende und Flüchtlinge, die nach Dresden gekommen sind, setzen wir uns ein, wol-
18 len sie unterstützen und **wollen gewährleisten, dass sie sich rasch in Dresden integrieren**,
19 wenn sie eine Bleibeperspektive haben.
 - 20 5. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen mit Bleibeperspektive **rasch Arbeit aufnehmen** soll-
21 ten, um ihre Integration zu unterstützen und ihnen sinnstiftende Perspektiven am neuen Ort
22 zu bieten als auch die Sozialsysteme zu entlasten.
 - 23 6. Wir streben deswegen eine konsequent **auf dem Prinzip „Fördern und Fordern“ aufgebaute**
24 **Integrationspolitik** an. Auch die Kommune verfügt über Instrumente zur Verwirklichung des
25 Förderns und Forderns. Diese wollen wir geeignet einsetzen.
 - 26 7. Fördern bedeutet für uns die Unterstützung bei Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Berufs-
27 anerkennung u. a.
 - 28 8. Wir wollen eine enge, auf klaren Erwartungen basierende Unterstützung der Menschen, die
29 uns zugewiesen werden – vom ersten Tag an! Deswegen fordern wir, die Teilnahme an einem
30 Integrationskurs unmittelbar nach der Zuweisung zu ermöglichen und zu überprüfen. Auch
31 wollen wir eine frühzeitige Einbindung in 1-€-Arbeiten, mit entsprechenden Sanktionen, falls
32 diese nicht wahrgenommen werden. Hierzu ist intensive Netzwerkarbeit durch die städtische
33 Verwaltung erforderlich.
 - 34 9. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bestrebungen vorrangig darauf zielen, Menschen eine Be-
35 schäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Langfassung:

I. Anliegen des Diskussions- und Standpunktpapiers

36 Das Papier will *auf kommunaler Ebene* mögliche Ansätze für eine humane, aber zugleich geordnete
37 Flüchtlings- und Integrationspolitik beschreiben.

38 Denn Dresden ist eine Stadt, deren Schönheit und Wohlstand nur durch den kontinuierlichen Aus-
39 tausch mit anderen Ländern und Regionen aufgebaut werden konnte. Weltoffenheit ist für die weitere
40 kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung. Zugleich
41 sind zunehmend Bürgerinnen und Bürger angesichts steigender Zahlen von Asylbewerbern und Flücht-
42 lingen besorgt und stellen die berechtigte Frage, wie dies sowohl im Großen (also auf Bundes- und
43 Europaebene) wie auch im Kleinen (also in Kommune, Landkreis und Land) gelöst werden soll.

44 Die CDU Dresden ist die Partei, die Politik auf Basis ihres christlichen Menschenbildes gestaltet. Daher
45 wollen wir erreichen, dass die Migrationspolitik mit Humanität und Ordnung gelöst wird, um bei den
46 Maßnahmen der Aufnahme und Integration eine Befriedung der Konflikte in der Stadt zu erreichen.
47 Die gegenwärtige Vermischung aller Aspekte von Migration, also insbesondere der Fachkräftezuwan-
48 derung und der Asyl- und Fluchtmigration, schadet der Lösung der damit verbundenen Aufgaben der
49 *Integration*, die letztlich konkret nur vor Ort und damit auf kommunaler Ebene angegangen werden
50 muss.

51 Um hierfür einen Rahmen zu bilden, bietet die CDU Dresden das vorliegende Diskussions- und Stand-
52 punktpapier an.

II. Ausgangslage

53 Die aktuellen und prognostizierten Zahlen verdeutlichen den Handlungsbedarf: Die Kommunen in
54 Deutschland stehen vor einer enormen Erhöhung von Asyl- und Schutzsuchenden.

55 Dabei müssen wir für eine gelungene Migration unter dem Begriff der Einwanderung eine Differenzie-
56 rung der Gruppen vornehmen:

- 57 1. Menschen mit Anspruch auf Recht auf Asyl gemäß Art. 16a GG sowie Menschen, die gemäß
58 Genfer Flüchtlingskonvention subsidiären Schutz beanspruchen.
- 59 2. Menschen aus der Ukraine. Sie genießen aufgrund der Regelungen der Europäischen Union
60 unmittelbaren Zugang nach Deutschland, sind aber keine Asylbewerber und benötigen kein
61 Visum.
- 62 3. Menschen, die als Arbeits- und Fachkräfte zuwandern.
- 63 4. Menschen, die in keine der vorangegangenen Gruppen zuzuordnen sind und vom Bundesamt
64 für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie den Gerichten als endgültig ausreisepflichtig defi-
65 niert werden.

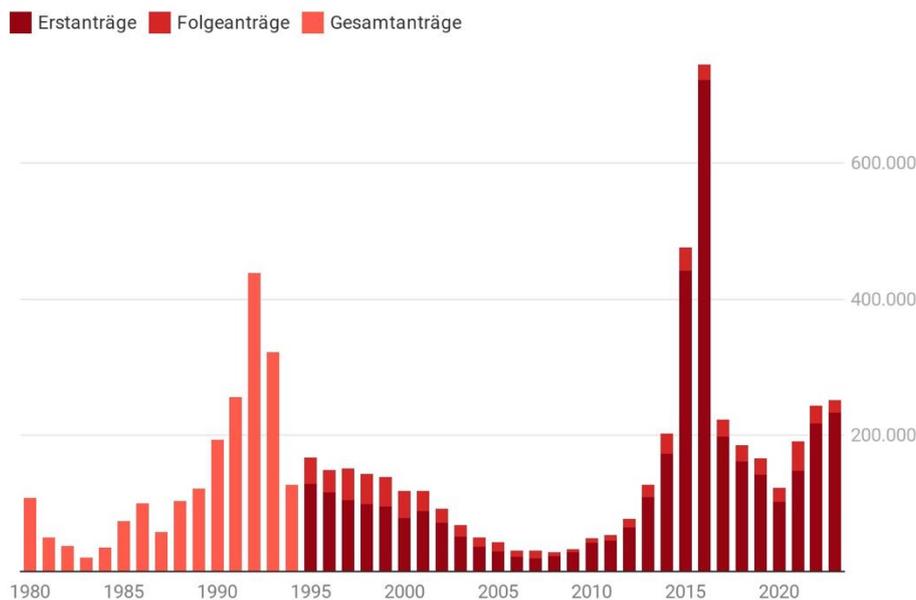
66 Zurzeit leben 65.000 Ausländer in Dresden. Diese Gruppe umfasst auch EU-Ausländer (22 %) und in
67 Dresden tätige Fach- und Arbeitskräfte aus Drittländern. 18 % sind Asylbewerber, 2 % Flüchtlinge und

68 ca. 12 % ukrainische Flüchtlinge.¹ Zum Ende dieses Jahrzehnts wird mit mehr als 80.000 Ausländern in
 69 Dresden gerechnet.

70 Die größte Dynamik geht dabei gegenwärtig von der Asyl- und Fluchtmigration aus, wie die folgende
 71 Grafik zeigt.

■ Entwicklung der Asylanträge

Anzahl der in Deutschland gestellten Asylanträge seit 1980, ab 1995 unterteilt in Erst- und Folgeanträge, in absoluten Zahlen.



Stand: Oktober 2023, vorläufige Zahlen für das laufende Jahr 2023 (Januar bis September) | Gesamtanträge: Bis 1994 wurde nicht in Erst- und Folgeanträge unterschieden.

Grafik: bpb • Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



72 In dieser Übersicht sind die Schutzsuchenden, die durch die Fluchtwelle nach Ausbruch des Russland-
 73 Ukraine-Kriegs nach Deutschland gekommen sind, noch nicht einmal enthalten. Denn zusätzlich zu den
 74 Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, sind gegenwärtig in Deutschland ca. 1 Million ukraini-
 75 sche Flüchtlinge registriert. Festzuhalten ist, dass die Zahl der Schutzsuchenden insgesamt erheblich
 76 steigt und die bisherigen Spitzenzahlen aus den Jahren 2015/16 deutlich übersteigt.

77 Zentralen Einfluss für die Integration Geflüchteter hat die Wertschätzung der Menschen durch Arbeit.
 78 Sie bietet Ankommenden Sinn, trägt zum Gemeinwohl bei und ermöglicht am Arbeitsplatz Chancen
 79 der Integration.

80 Andererseits steigt die Zahl der in Dresden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Menschen mit
 81 Herkunft außerhalb der EU s erfreulicherweise schon jetzt kontinuierlich.² Der Beschäftigungszuwachs

¹Asylmonitor der Landeshauptstadt Dresden, sowie <https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/hilfe-fuer-die-ukraine/Ankommen-in-Dresden.php#:~:text=Die%20Landeshauptstadt%20Dresden%20hat%20sich,8.000%20ukrainische%20Gefl%C3%BCchtete%20in%20Dresden.>

² https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Dresden-in-Zahlen_2023_I_Quartal.pdf

82 in Dresden resultiert aktuell zu 66 % aus Beschäftigten mit ausländischem Pass.³ Damit zeigt sich, dass
83 Integration in und über Arbeit für einen Großteil der in Dresden lebenden Ausländer sowie für viele
84 Dresdner Arbeitgeber eine Selbstverständlichkeit ist.

85 Bei Asylbewerbern und Flüchtlingen gelingt allerdings eine Integration in den Arbeitsmarkt der Region
86 noch zu wenig. Jedoch muss die Lage auch hier differenziert betrachtet werden:

87 Aktuell sind bundesweit 46 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bürgergeld Ausländer.⁴
88 Bezogen auf die Zahl der Arbeitslosen im SGB II in Dresden von 12.748 sind dies 4.444 Personen oder
89 34,9 %.⁵

90 Unter den ukrainischen Flüchtlingen, die in das Bürgergeldsystem eingegliedert wurden, liegt aktuell
91 bundesweit die Quote der Menschen in Beschäftigung bei 19 %.⁶

92 All dies verdeutlicht, dass im Bereich der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern trotz aller
93 Fortschritte noch erheblicher Handlungsbedarf besteht.

III. Ziele der CDU Dresden

a. Differenzierte Kommunikation

94 Um angemessene Lösungsansätze in der Migrationspolitik zu erarbeiten und eine Befriedung in der
95 Gesellschaft Dresdens voranzubringen, benennt die CDU Dresden in der Stadt empfundene Sorgen und
96 Probleme und bringt sie konstruktiv in die politische Debatte ein.

97 Dabei bemüht sie sich, die Komplexität der Sachlage zu erklären, ohne dabei unnötig zuzuspitzen,
98 Lösungsvorschläge zu erarbeiten, ohne sich mit Extremisten gemein zu machen und
99 das Gemeinwohl des Landes im Blick zu behalten, ohne die Würde des Einzelnen zu vernachlässigen.

100 Dafür sind für uns drei Fragen leitend:

- 101 • Wer kommt zu uns und welche Kultur der Aufnahme pflegen wir in Dresden?
- 102 • Wie kann sich jeder gewinnbringend für das Land einbringen?
- 103 • Wo sind die Grenzen der Aufnahme und wie beherrschen wir sie?

b. Grundlegender Anspruch der CDU Dresden

104 Es bleibt Ziel der Politik der CDU, ausländische Fachkräfte zu integrieren, schutzbedürftigen Menschen
105 humanitäre Möglichkeiten des Aufenthalts zu bieten und Menschen, die keinerlei Anspruch auf Auf-
106 enthalt erhalten werden, bereits in ihren Herkunftsländern davon zu überzeugen, von einem Weg nach
107 Deutschland abzusehen. Bleibt letzteres eine bundespolitische Aufgabe, trägt die kommunale Ebene
108 vor allem Verantwortung für den humanitären Umgang und die Integration der Menschen vor Ort.

³ Vgl. Arbeitsmarktreport der Agentur für Arbeit Dresden für Dezember 2023 vom 03.01.2024

⁴ September 23; <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html>

⁵ Arbeitsmarktreport Agentur für Arbeit Dresden Dezember 2023 vom 03.01.2024

⁶ <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/job-turbo-arbeit-ukrainer-gefluechtete-100.html>

109 Den in Dresden bereits laufenden Trend zur zunehmenden Beschäftigung von ausländischen Arbeits-
110 kräften wollen wir stabilisieren. Zugleich wollen wir aus Sorge um die Tragfähigkeit unseres Sozialstaa-
111 tes und die Akzeptanz der Bevölkerung für Migration ausländische Erwerbsfähige schnellstmöglich
112 durch Fordern und Fördern an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

113 **c. Unsere Kultur der Aufnahme**

114 Für Asylsuchende und Flüchtlinge, die nach Dresden gekommen sind, setzen wir uns ein, wollen sie
115 unterstützen und wollen gewährleisten, dass sie sich rasch in Dresden integrieren, wenn sie eine
116 Bleibeperspektive haben. *Jegliche Diskriminierungen lehnen wir ab.* Zugleich erwarten wir eine vollum-
117 fängliche Bereitschaft, die Regeln unseres Landes zu respektieren. Wer die Werte unserer Gesellschaft
118 vorbehaltlos in sein Handeln integriert, wird Schutz und Solidarität der Dresdnerinnen und Dresdner
119 erhalten. Das erfordert Anstrengungen aller. Wir unterstützen die Zivilgesellschaft bei ihren Initiativen
120 dafür und fordern von der Stadt, angemessene Rahmenbedingungen für dieses Ziel zu schaffen.

121 Selbstverständlich wird Dresden seinen Pflichtaufgaben nachkommen und die zugewiesenen Asylsu-
122 chenden und Flüchtlinge adäquat und gemäß den vorgeschriebenen Standards aufnehmen. Entspre-
123 chende Vorlagen der Stadtverwaltung zur Unterbringung befürworten wir, wenn ersichtlich ist, dass
124 diese in jeder Hinsicht auf wirtschaftliche Angemessenheit geprüft sind. Wir erwarten von der Stadt-
125 verwaltung, dass alle Standards bei Unterkünften und Versorgung einer Überprüfung unterliegen, ob
126 diese wirtschaftlich noch angemessen sind und verändert werden müssen.

127 Die Stadt Dresden muss bei ihren Maßnahmen zur Integration von Migranten eine kulturelle oder
128 soziale Ghettoisierung von Minderheiten vermeiden. Das verhindert die Abschottung ganzer Kultur-
129 gruppen, beschleunigt die Integration und vermeidet die Entwicklung scheinbar rechtsfreier Räume.

130 Eine über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehende Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen
131 lehnen wir solange ab, solange auf bundesdeutscher und europäischer Ebene nicht durch geeignete
132 Maßnahmen die Zahl von aus wirtschaftlichen Gründen Einreisenden signifikant reduziert bzw. auf die
133 reguläre Fachkräftezuwanderungswege umgelenkt wird. Daher setzen wir uns auch für die Aussetzung
134 des Beschlusses „Sicherer Hafen“ ein.

135 **d. Unser Gemeinwohl lebt vom Fördern und Fordern: Arbeit an erster Stelle!**

136 Wir sind davon überzeugt, dass Menschen mit Bleibeperspektive rasch Arbeit aufnehmen sollten, um
137 sowohl die Sozialsysteme zu entlasten als auch ihre Integration zu unterstützen und ihnen sinnstif-
138 tende Perspektiven am neuen Ort zu bieten. Es ist deswegen notwendig, alle politischen Maßnahmen
139 zu ergreifen, um zeitnah mehr Menschen in Deutschland angemessene Arbeitsverhältnisse anzubie-
140 ten. Die Erwerbstätigkeit ist nicht das alleinige Kriterium für eine gelingende Integration. Jedoch stellt
141 sie sicherlich ein wesentliches Fundament dafür dar.

142 Wir streben deswegen eine konsequent auf dem Prinzip „Fördern und Fordern“ aufgebaute Integrati-
143 onspolitik an. Viele Aspekte sind zwar auf Bundesebene geregelt und entziehen sich der unmittelbaren
144 Beeinflussung auf kommunaler Ebene.

145 Jedoch verfügt auch die Kommune über Instrumente zur Verwirklichung des Förderns und Forderns.
146 Diese wollen wir geeignet einsetzen. Wir wollen erreichen, dass die Landeshauptstadt eine effizien-
147 tere, wirkungsvollere und den Anliegen der geflüchteten Menschen entgegenkommende Politik um-
148 setzt, die zugleich den Erwartungen der Bevölkerung entspricht. In der geeigneten Verknüpfung der
149 Elemente „Fördern und Fordern“ sehen wir eine zentrale Möglichkeit für dieses Ziel.

150 Menschen in Beschäftigungsverhältnissen integrieren den Einzelnen und fördern das gegenseitige Ver-
151 ständnis. „**Arbeit an erster Stelle!**“ verringert Frustrationen, psychische Erkrankungen und Straffällig-
152 keiten, fördert das sinnstiftende Gefühl des „Gebrauchtsein“ und schont die Solidaritätsleistungen der
153 Gesellschaft.

154 Deswegen muss dieses Ziel durch alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gefördert werden:

155 **Fördern bedeutet für uns die Unterstützung bei Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Berufsaner-**
156 **kennung u. a.;** das fällt in den Aufgabenbereich der Landeshauptstadt mit vielen weiteren Partnern. In
157 den letzten zehn Jahren wurde dafür bereits eine erfolgreiche und verlässliche Zusammenarbeit zwis-
158 chen der Landeshauptstadt Dresden (Sozialamt, Ausländerbehörde mit Dresden Welcome Center und
159 Wirtschaftsförderung), der Bundesagentur für Arbeit Dresden, dem Jobcenter Dresden, der Industrie-
160 und Handelskammer, der Handwerkskammer, dem IQ-Netzwerk Sachsen (IBAS) und den Migrations-
161 beratungsstellen etabliert.

162 Als Weiterentwicklung der lokalen Zusammenarbeit ist die Einrichtung eines Integrationszentrums für
163 internationale Fachkräfte anzustreben. Um die Ansprechpartner der Kooperationspartner räumlich zu
164 konzentrieren und die Vernetzung aller Akteure zu stärken, wird sich die CDU Dresden für eine ge-
165 meinsame Anlaufstelle einsetzen. Damit können Dienstleistungen (bspw. Erstberatungen und Termin-
166 vergaben) der Partner ohne zusätzliche Laufwege erbracht werden. Die Partner können stärker Hand
167 in Hand arbeiten und gemeinsam erreichte Ergebnisse und Integrationsstrategien mit Einverständnis
168 der betreuten Personen übergreifend nutzen. Neben dieser räumlichen Konzentration ist es zugleich
169 auch unser Ziel, die Leistungen auch digital zu verbinden.

170 **Wir wollen eine enge Zusammenarbeit mit den Menschen, die uns zugewiesen werden – vom ersten**
171 **Tag an!** Für dieses Ziel prüfen wir besonders die Übernahme erfolgreicher Ansätze aus anderen Kom-
172 munen für unsere Stadt.⁷

173 Diese enge Zusammenarbeit vom ersten Tag an bedeutet für uns, Geflüchtete bereits bei Ankunft von
174 Mitarbeitern des Sozialamtes in Empfang zu nehmen und nach erledigter Formalitäten (Antrag, Pass-
175 kontrolle, Informationsgespräch und Aushändigung von wichtigen Unterlagen, wie z. B. Stadtplan, In-
176 fomaterial über Angebote, Kontaktadressen etc.) zur Barkasse und danach in die ihnen zugewiesene
177 Wohnungen/Zimmer zu begleiten. Beim Erstkontakt erhalten die Personen ein „Zuweisungsschrei-
178 ben“, wonach sie den von uns initiierten Orientierungskurs besuchen sollen. Beginn dieses Kurses
179 sollte für die Geflüchteten grundsätzlich am dritten Tag ihrer Ankunft in Dresden sein.

180 Unabdingbar ist eine wöchentliche Abstimmung mit den Kursleitern zur Frage, wer regelmäßig am Kurs
181 teilgenommen hat und wer ggfs. Entschuldigt aus welchem Grund gefehlt hat. Sollte keine regelmäßige
182 Teilnahme durch eine Person erfolgen, werden in einem persönlichen Gespräch die Gründe hierfür
183 eruiert. Sollten keine nachvollziehbaren Gründe angeführt werden können, kommt es zu finanziellen
184 Sanktionen. Sollten die Gründe nachvollziehbar sein, suchen die Mitarbeiter des Sozialamtes andere
185 Möglichkeiten der Beschäftigung, z. B. sog. 1 €-Job-Arbeitsgelegenheiten oder geförderte Beschäfti-
186 gung.

187 Nach Abschluss des Orientierungskurses erfolgt ein Übergang in einen sog. 1 €-Job Arbeitsgelegenheit
188 oder auch im besten Fall eine Vermittlung auf den freien Arbeitsmarkt.

189 Sogenannte 1 €-Jobs werden in Abstimmung mit den entsprechenden Einheiten der Stadtverwaltung
190 (Sozialamt und Jobcenter – in Partner-Einsatzstellen) vorbereitet; denkbar sind hier auch Einsätze in
191 gemeinnützigen Vereinen. Dabei vermitteln die Mitarbeiter des Sozialamtes die Geflüchteten dorthin.

⁷ Zuletzt konnten von der Stadt Pirmasens erfolgreiche Lösungsansätze übernommen werden.

192 Die Vermittlung erfolgt ebenfalls durch entsprechende Zuweisung mit den entsprechenden Sanktions-
193 möglichkeiten bei Verweigerung. Eine regelmäßige Kontrolle der Teilnahme erfolgt durch entspre-
194 chende Nachweise, welche wöchentlich erbracht werden und nur bei erbrachten Nachweisen zur Aus-
195 zahlung der Entschädigung berechtigen, um auch hier einen regelmäßigen Kontakt mit den Personen
196 zu gewährleisten.

197 **Dieses Ziel braucht intensive Netzwerkarbeit.** Bei Firmen wird dafür aktiv nachgefragt, ob sie ggfs.
198 Kräfte benötigen und mit Unterstützung des Sozialmanagements Kontakte hergestellt. Außerdem
199 muss ein regelmäßiger Austausch der am Prozess beteiligten Personen (Anbieter des Orientierungs-
200 kurses, Mitarbeiter des Sozialamtes und des Ausländeramtes, Sozialmanagement, Mitarbeiter des Job-
201 centers, Kita-Mitarbeitende und KITAS-Sozialarbeiter) gewährleistet sein.

202 Rechtlich gibt es eine Reihe von Ansatzpunkten, um **Geflüchtete an diesem Prozess wirkungsvoll ein-**
203 **zubringen.** Wir sehen es als Verpflichtung der Landeshauptstadt Dresden an, dass diese konsequent
204 eingesetzt werden.

205 Gemäß § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ist es für die Stadt möglich, die Arbeitsgele-
206 genheiten zu organisieren, und bei Ablehnung dann auch durchzusetzen, dass nur noch verminderte
207 Leistungen nach § 1a Satz 1 AsylbLG ausgereicht werden. Gemäß § 44a Aufenthaltsgesetz sollte seitens
208 der Stadt die Beteiligung an den Integrationskursen aktiv eingefordert und beim BAMF deren Bereit-
209 stellung abgefordert werden. Fehlende Kapazitäten bei den Integrationskursen dürfen in der Praxis
210 kein Hinderungsgrund sein, dass die zügige Integration weitergeht. Ferner verfügt die Landeshaupt-
211 stadt über die gemeinsame Einrichtung des Jobcenters über die Möglichkeit der Einsicht und Koope-
212 ration bei den Prozessen des Jobcenters bei der Umsetzung des Bürgergelds.

213 **Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bestrebungen vorrangig darauf zielen, Menschen eine Beschäfti-**
214 **gung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.**

215 Denn wir wollen eine sozialversicherungspflichtige und damit nachhaltige Beschäftigung, niedrigen Bü-
216 rokratieaufwand und ein entlastetes Sozialsystem. Bereits nach geltender Rechtslage können Asylbe-
217 werber und Geduldete arbeiten, sobald sie drei Monate in Deutschland sind und nicht mehr in einer
218 Erstaufnahmeeinrichtung leben.⁸ Das muss seitens der Behörden eingefordert werden; Angebote ge-
219 meinnütziger Arbeit dienen nur zur vorübergehenden Ergänzung, sowie im Fall einer Ablehnung auch
220 zur Begründung von Sanktionen. Dafür hat das Jobcenter eine wesentliche Rolle für alle Flüchtlinge,
221 die anspruchsberechtigt für das Bürgergeld sind.

222 Voraussetzung sind einerseits eine ausreichende Zahl von Integrationskursen und andererseits auch
223 die Änderung der Praxis, dass Vermittlungen in Arbeit erst nach Abschluss von Integrationskursen er-
224 folgen sollten. Dies erfordert eine intensive Zusammenarbeit der beteiligten Akteure.⁹ Wir setzen uns
225 dafür ein, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Integrationskurse auch online durchzu-
226 führen (gem. § 14 Abs. 4 Integrationskursverordnung).

227 Neben den Handlungen der kommunalen Behörden, der Arbeitsverwaltung, des Jobcenters und ande-
228 rer Stellen setzen wir uns für die Unterstützung und Begleitung durch Ehrenamtliche ein. Wir begrü-
229 ßen, dass die Landeshauptstadt Dresden bereits einen Aufruf zur ehrenamtlichen Mitarbeit bei der
230 Integrationsarbeit gestartet hat. Wir werden darauf achten, dass ehrenamtliches Engagement nicht
231 behindert wird und behördliche Entscheidungen auch den ehrenamtlichen Mitbürgerinnen und

⁸ Vgl. <https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/arbeitskraefte/gefluechtete-beschaeftigten/aufenthaltsstatus>

⁹ Vgl. Mannheimer Modell; https://www.mannheim.de/sites/default/files/2021-04/Mannheimer%20Modell%20Integrationskurse_20170411%20%28final%29.pdf

232 Mitbürgern transparent gemacht werden, um nicht den Eindruck willkürlichen Handelns entstehen zu
233 lassen. Insofern setzen wir uns für eine konsequente Kontrolle der Arbeit der beauftragten Betreuer-
234 firmen ein.

235 Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen sich weitgehend selbst finanzieren, da sich mit jeder
236 zusätzlichen oder früheren Beschäftigung die Kosten – infolge von Einkommensanrechnungen u. a. –
237 auch für die Kommune verringern. Daher vermindern sich Folgekosten für Stadt und Gesellschaft.

e. Begrenzung der Fluchtmigration als Voraussetzung einer gelungenen Integration

238 Die CDU Dresden setzt sich für eine gelungene Integration ein. Integration ist jedoch kein Selbstläufer,
239 sondern bedarf – neben dem Integrationswillen von Zugewanderten und aufnehmender Gesellschaft
240 – der angemessenen Aufwendungen, um die Voraussetzungen zu schaffen.

241 Um eine gelungene Integration zu ermöglichen, ist es daher wichtig, dass die Zahl der zu Integrieren-
242 den nicht die bestehenden Möglichkeiten und Ressourcen übersteigt. Aus diesem Grund unterstützt
243 die CDU Dresden auch die Vorschläge der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zur Begrenzung der Flücht-
244 lingszahlen.¹⁰

245 Die wesentlichen dort aufgeführten Forderungen sind:

- 246 • Ausweitung der Zahl der sicheren Herkunftsstaaten,
- 247 • Rückführungsabkommen und
- 248 • Abbau von Pull-Faktoren.

249 Die gegenwärtigen Beschlüsse auf Ebene der EU sind ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Ihre
250 Umsetzung erfordert allerdings vonseiten der Bundesregierung entschiedeneren Handlungen. Den ge-
251 planten Umstieg auf Bezahlkarten begrüßen wir. Bei Asylbegehrenden ohne Papiere muss die Einreise
252 besser beschränkt werden.

253 Die unionsgeführte Bundesregierung und insb. Bundeskanzlerin Merkel zeigte, dass u. a. durch inten-
254 sive Verhandlungen auf europäischer Ebene und entsprechende Vereinbarungen zwischen der EU und
255 Nachbarstaaten die Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen signifikant gesenkt werden können. Da-
256 für setzt sich die CDU Dresden weiter ein und bringt sich in die Bemühungen um einen gelungenen
257 Deutschlandpakt für die Migrationspolitik ein.

IV. Zusammenfassung

258 Die Migrationspolitik leidet unter den erheblich zu hohen Zahlen an irregulärer Migration. Dies riskiert
259 die Akzeptanz der Bevölkerung für solidarische Leistungen gegenüber Geflüchteter sowie Schutzbe-
260 dürftiger und droht die Grenzen der Leistungen unseres Gemeinwesens zu überreizen. Hier ist durch
261 die Politik der Bundesregierung ein Systemwechsel zu erreichen. Auf kommunaler Ebene müssen je-
262 doch unabhängig davon die aus der jetzigen Situation resultierenden Aufgaben gelöst werden.

263 Wir sind überzeugt, dass die koordinierte Umsetzung unserer Vorstellungen die Integration Geflüch-
264 teter und auch die Akzeptanz der Aufnahme Geflüchteter maßgeblich verbessern wird.

265 Um die benannten Strukturen und die Arbeitsgelegenheiten und Integrationsleistungen möglich zu
266 machen, setzen wir uns für die auskömmliche finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene und der
267 Jobcenter ein.

¹⁰ Diese finden sich im Antrag für einen Deutschlandpakt in der Migrationspolitik (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008404.pdf>).